

MARTIN FISCHER

Alfred Bengsch im Spiegel der Aktenüberlieferung des Ministeriums für Staatssicherheit

In den Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) befindet sich in der Allgemeinen Personenablage (AP) eine umfangreiche Aktensammlung zu Alfred Bengsch. Die AP bestand aus Sammlungen mit nichtregistriertem Material und stellte umfassende Personendossiers dar. In der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) konnten zu Bengsch insgesamt vier Bände eingesehen werden. In ihnen befinden sich drei verschiedene Berichte zu seiner politischen Einschätzung. Diese sind Gegenstand der folgenden Betrachtung. – *Dr. Martin Fischer*, geb. 1980, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der „Forschungsstelle für Kirchliche Zeitgeschichte Erfurt“. Veröffentlichungen u. a. *Dienst an der Liebe: Die katholische Ehe-, Familien- und Lebensberatung in der DDR (EThSt 107)*, Würzburg 2014; *Die katholische Kirche und die „Wende“ 1989 im Eichsfeld*, in: *Eichsfeldjahrbuch 2007*, 187–224.

In der vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) angefertigten Sammlung zu Alfred Bengsch¹ sind drei Dokumente überliefert, die Auskunft über die politische Einschätzung seiner Person durch den Staatssicherheitsdienst geben. Es handelt sich hierbei um zwei höchst unterschiedliche und auf IM-Informationen basierende Berichte der Jahre 1962 und 1963 sowie um ein 31-seitiges Dossier zu Erzbischof Bengsch aus dem Jahr 1967. Ihr Inhalt wirft zwei Fragen auf. Wie sind sie historisch einzuordnen und inwieweit werden sie der Person des Berliner Bischofs gerecht?

1. Ein IM-Bericht fällt aus den Rahmen

Unter der Überschrift „Auszug aus einem IM-Bericht“ findet sich in der Allgemeinen Personenablage des MfS zu Alfred Bengsch eine dreiseitige Einschätzung vom 2. Mai 1962.² Sie umfasst kurze Angaben zum Lebens-

¹ * 10.09.1921 in Berlin, † 22.12.1979 in Berlin, 1940–1950 Studium, 1941–1946 Kriegsdienst und Gefangenschaft, 02.04.1950 Priesterweihe in Berlin, 1950–1954 Kaplan in Berlin, 1954 Studium der Dogmatik an der Universität München, 1956 Promotion, 1955 Assistent am Phil.-Theol. Studium Erfurt, 1957–1959 Dozent für Dogmatik und Homiletik in Neuzelle, 01.04.1959 Ernennung zum Regens des Erfurter Priesterseminars (nicht angetreten), 02.05.1959 Weihbischof in Berlin, 16.08.1961 Bischof von Berlin und 21.08.1961 Vorsitzender der Berliner Ordinarienkonferenz (seit 1976 Berliner Bischofskonferenz), 14.01.1962 Titel Erzbischof, 26.06.1967 Kardinal; vgl. Josef Pilvousek, Bengsch, Alfred, in: Erwin Gatz (Hg.), *Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder 1945–2001. Ein biographisches Lexikon*, Berlin 2002, 94–97.

² Die Annahme, dass dieser Bericht aus Anlass von Bengschs Ernennung zum Erzbischof verfasst wurde, lässt sich nicht bestätigen, da darin ausschließlich von „Bischof“ die Rede ist und der Titel „Erzbischof“ nicht verwendet wird.

lauf, eine ausführliche „kurze charakterliche und persönliche Einschätzung“³ sowie eine Stellungnahme „zu seiner politischen Einstellung“⁴. Die Angaben zu Person und Charakter sind dabei auffallend positiv und beziehen sich auf seine Zeit am Philosophisch-Theologischen Studium in Erfurt. Betrachtet man den genauen Wortlaut, so fällt zunächst die mündliche Redesprache auf. Offensichtlich basiert der Bericht des Führungsoffiziers auf mündlichen Aussagen des IM.

Danach war Bengsch

„nach einhelliger Meinung aller Studenten des Priesterseminars in Erfurt eine Ausnahmestaltung unter den Geistlichen. Er hatte eine betont legere Haltung und ein unwahrscheinlich legeres Benehmen im Umgang mit höher gestellten wie auch tiefer gestellten Personen. Seine Sympathien lagen eindeutig auf Seiten der Studenten, wenn es zu Streitigkeiten zwischen den Oberen und den Studenten kam. [...] Hervorzuheben ist bei ihm besonders sein Sinn für Realistik und seine ausgesprochene Abneigung gegen jede Phrasen, Heuchelei und ehtische [sic!] Lebenshaltung, auch gegen die Kirchenfunktionäre.“⁵

Der Bericht führt weiter aus, es ginge Bengsch

„immer um den unmittelbaren Kontakt zum einfachen Menschen, also zum Gläubigen und außerhalb der Kirche zum Menschen selbst. Er hat im Umgang mit den Menschen eine sehr [sic!] echte, liebenswürdige Art, sehr warme, herzliche Art, wo man sich sofort wohlfühlen kann. Besonders auffallend an ihm ist, daß ihm jeder Sinn für Autorität bzw. Formen des Zusammenlebens unter Geistlichen, wo es sehr auf Rangabstufungen und Einhaltung der dazugehörigen Zeremonielle ankommt, fehlt.“⁶

Zu Bengschs Tätigkeit am Philosophisch-Theologischen Studium in Erfurt merkt der IM-Bericht an, er sei dort „für kurze Zeit (ca. 1/2 Jahr) eine Art Leiter eines Hauses des Priesterseminars“⁷ gewesen, habe „dieses so regiert, als wenn er sozusagen nicht anwesend wäre [und die] Studenten hatten ein sehr großes Zutrauen zu ihm“⁸. Zudem wird Bengschs Sinn für Humor und seine offene Grundhaltung herausgestellt:

„Besonders wird [...] seine vertrauenerweckende Persönlichkeit und Haltung im Umgang mit Menschen hervorgehoben. Alles ist bei ihm gepaart mit einem gewissen Sinn für Humor, und man könnte ihn in dieser Hinsicht als einen typischen Berliner ansprechen.“⁹

³ BStU (Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik), MfS, AP Nr. 11284/92, S. 85.

⁴ BStU, MfS, AP Nr. 11284/92, S. 87.

⁵ BStU, MfS, AP Nr. 11284/92, S. 85.

⁶ BStU, MfS, AP Nr. 11284/92, S. 86.

⁷ Während seiner Promotion hatte Bengsch eine Assistentenstelle am Priesterseminar. Da die Alumnus auf drei verschiedene Häuser verteilt lebten, unterstützte Bengsch die Hausleitung und wirkte als Oberer mit. Vgl. FKZE (Forschungsstelle für kirchliche Zeitgeschichte Erfurt), Protokolle der BOK/BBK (P), Sitzung vom 23./24.10.1956.

⁸ BStU, MfS, AP Nr. 11284/92, S. 86.

⁹ BStU, MfS, AP Nr. 11284/92, S. 86.

Im Anschluss an diese positive charakterliche Darstellung ist die politische Einstellung des Berliner Bischofs Thema. Bengsch erscheint hier als unpolitisch. Er sei kein dezidierter Antikommunist. Zwar wird in dem Dokument kein IM-Name explizit genannt, dennoch lassen sich aus dem Kontext Beobachtungen anstellen, die Aufschluss über den Ursprung des Berichtes geben. Sie erlauben Vermutungen darüber, wie es zu solch einer Einschätzung kam. Es handelt sich hier um eine Quelle, die mit dem Umfeld Bengschs und dem Studium in Erfurt vertraut war. Vermutlich sollte der erst kürzlich ernannte Bischof gegenüber dem MfS bewusst in ein positives Licht gerückt werden, wohl auch, um den Kontrast zu seinem Amtsvorgänger Kardinal Döpfner deutlich zu machen. Unübersehbar ist die Fehleinschätzung, die dem IM im Hinblick auf Bengschs Persönlichkeit unterlief. Er war nicht in der Lage, Alfred Bengsch für eine staatliche Perspektive politisch korrekt einzuschätzen. Sehr wahrscheinlich kannte dieser IM Bengsch nur aus dem Umfeld des Erfurter Studiums. Dort trat Bengsch aber nicht kirchenpolitisch auf, sondern als Theologe und Seelsorger. Die Schilderungen wurden aus der Sicht eines Studenten getroffen. Tatsächlich war während Bengschs Tätigkeit im Erfurter Seminar ein Priesteramtskandidat als IM tätig.¹⁰ Da Bengsch im Philosophisch-Theologischen Studium – wohl auch zum Schutz dieser Einrichtung – zur politischen Abstinenz gemahnt hatte,¹¹ erscheint seine Charakterisierung als unpolitisch agierend durchaus plausibel. Es kann nicht überraschen, dass diese Einschätzung im Widerspruch zu den weiteren Berichten zu Bengsch in den MfS-Akten und zu bereits früher erfolgten Charakteristiken¹² durch die Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen (StfK) steht, die deutlich schärfer ausfielen.

¹⁰ Es handelt sich um den IM „Bernhard Schüler“, dessen Tätigkeit im Rahmen der Priesterausbildung sich über die Jahre 1957–1962 erstreckte und somit zeitlich zu dem vorliegenden Bericht zu Bengsch passt. Die Arbeitsakte des IM umfasst mehrere Bände und zeigt dessen rege Tätigkeit im Dienste des MfS. Mit dem Ende des Studiums beendete der IM seine Laufbahn als Priesteramtskandidat, da er seine langjährige Freundin heiraten wollte; vgl. Josef Pilvousek, *Theologische Ausbildung und gesellschaftliche Umbrüche. 50 Jahre Katholische Theologische Hochschule und Priesterausbildung in Erfurt (ETHSt 82)*, Leipzig 2002, 248–250. Weitere Werbungsversuche des MfS schlugen fehl und Einschleusungen gelangen nicht mehr. Spätere Erkenntnisse aus dem Priesterseminar konnte das MfS nur noch aus „zweiter“ oder „dritter“ Hand gewinnen. Vgl. Dieter Grande / Bernd Schäfer, *Kirche im Visier. SED, Staatssicherheit und Katholische Kirche in der DDR*, Leipzig 1998, 54.

¹¹ Die Priesteramtskandidaten wurden regelmäßig und ausführlich über den Umgang mit staatlichen Stellen in Instruktionen und Punctae ermahnt und belehrt. vgl. Pilvousek, *Theologische Ausbildung* (s. Anm. 10), 233f.

¹² Am 26.09.1961, wenige Wochen nach der Ernennung Bengschs zum Bischof von Berlin und etwa ein dreiviertel Jahr vor dem vorliegenden IM-Bericht, erfolgte bereits eine sehr konkrete politische Einschätzung durch die Dienststelle des StfK: „In seinen bisherigen Äußerungen [...] zeigt er [...] seine geschickte taktische Art in der politisch-klerikalen Agitation, läßt aber eindeutig erkennen, daß er die Politik der DDR und ihre Maßnahmen zur Sicherung des Friedens ablehnt und die westliche Hetzpropaganda unterstützt.“ Martin Höllen, *Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR. Ein historischer Überblick in Dokumenten*. Bd. 2, Berlin 1997, 288f.

Dem IM-Bericht folgend gehörte Alfred Bengsch zu einer Gruppe Geistlicher,

„die betont seelsorgerisch bzw. theologisch interessiert sind. Er klammert viele Gebiete aus, um die sich andere Geistliche wiederum sehr kümmern, wie z. B. viele soziale und politische Fragen und beschränkt sich ausschließlich auf theologische Fragen. Er überläßt politische Fragen weitgehendst den Politikern oder den Nichtchristen. [...] Er würde es nicht befürworten, eine bestimmte politische Richtung abzulehnen oder sie für besonders gut zu halten. Es wird eingeschätzt, daß seine Sympathien etwas links liegen, er aber auf alle Fälle den antikommunistischen Kurs verschiedener Kirchenleute nicht mitmacht und sich dagegen wendet, weil er der Meinung ist, daß das der Kirche zum Schaden gereichen kann.“¹³

2. Politische Einschätzung durch einen weiteren IM-Bericht

In der vom MfS angefertigten Allgemeinen Personenablage zu Bengsch findet sich etwa ein Jahr später ein weiteres, diesmal deutlich kritischeres vierseitiges Dokument vom 17. Mai 1963. Hierin wird das „Verhalten der katholischen Kirchenleitung (Erzbischof Dr. Bengsch) gegenüber dem Staatsapparat“¹⁴ analysiert. Im Gegensatz zur ersten Einschätzung aus dem Jahr 1962 fällt diese nun deutlich härter aus, was vor allem an ihrer Quelle liegt: „Der Bericht ist von einem zuverlässigen IM, welcher an den Beratungen im Staatssekretariat für Kirchenfragen teilgenommen hat.“¹⁵ Im Verhalten des Erzbischofs und seiner nächsten Mitarbeiter wurde eine „gewisse Verhärtung bei gleichzeitigem diplomatischen Taktieren gegenüber dem Staatsapparat“ festgestellt. Zwar wurde konstatiert, dass bei der Teilnahme der vier DDR-Bischöfe am Konzil diese „sich diplomatisch verhalten haben und sich keine Blößen uns gegenüber gaben“, jedoch habe diese internationale Bischofsversammlung ihnen auch „in gewisser Weise den Rücken gestärkt“. Die Analyse stellt weiter fest, dass die katholische Kirche in der DDR seit dem Mauerbau „weiter am Ausbau ihres Apparates gearbeitet“ habe. Dabei passe „sie sich den gegebenen Verhältnissen geschickt an, vor allem ist der Erzbischof bestrebt, die bisherige reaktionäre Kaderpolitik streng weiterzuführen.“ Obwohl mit der Berliner Ordinarienkonferenz (BOK) die Kirche in der DDR über eine relative Selbstständigkeit verfüge, „werden andererseits alle Verbindungen nach Westdeutschland gepflegt“. Da durch die Grenzschießung die Verbindungen zu den westdeutschen Bischofssitzen „erheblich gestört wurden, wickelte sich der Hauptverkehr offenbar über den Erzbischof Dr. Bengsch ab, was dessen Position weiter stärkt.“¹⁶

¹³ BStU, MfS, AP Nr. 11284/92, S. 87.

¹⁴ BStU, MfS, AP Nr. 11284/92, S. 89.

¹⁵ BStU, MfS, AP Nr. 11284/92, S. 92.

¹⁶ BStU, MfS, AP Nr. 11284/92, S. 89.

Kritisch betrachtet wurde die starke Position Bengschs innerhalb des ostdeutschen Episkopats. Sie widersprach vor allem der von staatlicher Seite angestrebten Differenzierungspolitik unter den Bischöfen.¹⁷ Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Frage der Stellung Bengschs unter den Bischöfen einen breiten Raum einnimmt. In dem MfS-Papier wurde sie als zu stark bewertet. Grund sei, dass Bengsch den Westteil Berlins für mehrere Tage im Monat besuchen könne. Dort pflege er dann Kontakte zu westdeutschen und ausländischen Bischöfen sowie Politikern. Ebenso empfangen er hochrangige internationale Kirchenvertreter in seiner Weißenseer Wohnung.

„Alles das stärkt [...] die Position von Erzbischof Dr. Bengsch, der sich andererseits, wenn das Staatssekretariat [sic!] für Kirchenfragen mit politischen Anliegen an ihn herantritt, hinter der Ordinarien-Konferenz verschanzt und auf seine ‚schwierige Stellung‘ als jüngster Bischof hinweist.“¹⁸

Als wenig erfreulich wurde die praktische Ausgestaltung des Staat-Kirche-Verhältnisses durch Bengsch wahrgenommen. So werden sein Kurs der „politischen Abstinenz“¹⁹ sowie die „von Kardinal Döpfner ausgebaute straffe Disziplin des katholischen Klerus“²⁰ explizit angeführt. Unterstellt wurde Bengsch, dass er bereit sei, „das noch von Döpfner stammende Verbot politischer Betätigung, Äußerungen, Teilnahme an Aussprachen usw. irgendwie zu lockern“²¹. Diese Annahme wurde durch die Erfahrung staatlicher Stellen gestützt, die auf unteren Ebenen bereits das eine oder andere Gespräch mit Klerikern führen konnten.²² Hier wird auf den sogenannten „Döpfner-Erlass“²³ angespielt, der jedoch weder durch Bengsch noch durch einen seiner Nachfolger gelockert wurde. Vielmehr wurde er durch die Berliner Bischofskonferenz mehrmals bestätigt.²⁴ Erst in den turbulenten Wochen des „Wende“-Herbstes von 1989 wurde von dieser Regelung suspendiert.²⁵

¹⁷ In Analysen und Einschätzungen der Kirche und ihrer Amtsträger wurde eine systematische „Differenzierungspolitik“ gegen die Kirche abgeleitet, die sich als ein Versuch des gegeneinander ausspielenden Spaltens beschreiben lässt. Vgl. Grande / Schäfer, Kirche im Visier (s. Anm. 10), 28.

¹⁸ BStU, MfS, AP Nr. 11284/92, S. 90.

¹⁹ BStU, MfS, AP Nr. 11284/92, S. 90. Am 27.03.1963 gab es ein Gespräch in der Dienststelle des StfK, wo Bengsch seinen Verzicht auf positive politische Erklärungen rechtfertigte, weil es nicht nur Verzicht auf positive Stellungnahmen zur Politik der DDR bedeute, sondern auch Verzicht auf öffentliche Kritik an kirchenfeindlichen Maßnahmen; vgl. Höllen, Loyale Distanz?, Bd. 2 (s. Anm. 12), 357–361.

²⁰ BStU, MfS, AP Nr. 11284/92, S. 90f.

²¹ BStU, MfS, AP Nr. 11284/92, S. 91.

²² BStU, MfS, AP Nr. 11284/92, S. 91.

²³ In einem Erlass vom 20.12.1947 hatte der damalige Berliner Bischof Kardinal von Preysing direkte Verhandlungen von katholischen Würdenträgern mit staatlichen Stellen verboten; vgl. Martin Höllen, Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR. Ein historischer Überblick in Dokumenten. Bd. 1, Berlin 1994, 152. Sein Nachfolger Wilhelm Weskamm präziserte 1954 diese Regelung (vgl. ebd., 372), und Kardinal Döpfner erweiterte und bekräftigte diese Anordnung in dem nach ihm benannten „Döpfner-Erlass“ am 26.11.1957; vgl. Höllen, Loyale Distanz?, Bd. 2 (s. Anm. 12), 73f.

²⁴ FKZE, Protokolle der BOK/BBK (P), Sitzung vom 01./02.06.1977 und Sitzung vom 06.03.1985.

²⁵ FKZE, Protokolle der BOK/BBK (P), Sitzung vom 14.11.1989.

Der Bericht vom 17. Mai 1963 endet mit einer sehr kurzen Einschätzung zur Persönlichkeit und stellt den Erzbischof hierbei als einen bewussten Taktiker heraus. Zu seiner persönlichen Charakteristik sei zu sagen,

„daß er sich offen, dabei etwas lässig und spontan gibt, wobei er aber eine überlegte Linie verfolgt. Um die Position der katholischen Kirche in der DDR zu sichern bzw. zu festigen, auszubauen oder zu verteidigen, je nach den gegebenen Umständen, betreibt Bengsch eine bewegliche Anpassungstaktik.“²⁶

3. Eskalation der Staat-Kirche-Gespräche

In den Akten des MfS befindet sich ein 31-seitiges Dossier zu Alfred Bengsch. Es wurde am 12. März 1967 auf der Grundlage des am 21. Februar 1967 geführten Gespräches mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen Hans Seigewasser²⁷ angefertigt. Bei dieser Unterredung kam es zu einer harten Konfrontation der beiden Gesprächspartner. Die Eskalation in den Staat-Kirche-Beziehungen hatte mit einem Eklat begonnen: Am 20. September 1966 wurde an der Westberliner Sektorengrenze der Fuldaer Bischof Adolf Bolte²⁸ abgewiesen, als er sich mit Priestern des Erfurter Anteils seiner Diözese in Ostberlin treffen wollte. Erzbischof Bengsch wurde eine Woche später mündlich von Seigewasser darüber unterrichtet, dass die erfolgte Zurückweisung eine endgültige Entscheidung der Regierung sei. Es ist jedoch anzumerken, dass die Akten des MfS nicht den Ministerrat, sondern das Zentralkomitee der SED als Urheber dieser Entscheidung benennen.²⁹ Der Berliner Bischof legte daraufhin am 31. Oktober 1966 einen offiziellen Pro-

²⁶ BStU, MfS, AP Nr. 11284/92, S. 91.

²⁷ * 12.08.1905 in Berlin, † 18.10.1979 in Rom, 1921–1923 Banklehre, 1921 Mitglied USPD, 1922 Mitglied SPD, 1928 Reichsleitung Sozialistische Arbeiterjugend, 1932 Mitglied KPD, 1934 Verhaftung und Verurteilung zu fünf Jahren Zuchthaus, anschließend KZ Sachsenhausen und Mauthausen, 1945 Mitarbeit im ZK der KPD, ab 1946 Mitarbeiter des Parteivorstandes der SED und des ZK, 1950 Abgeordneter der Volkskammer, 1950 Leiter der Abt. Aufklärung und Werbung im ZK, 1950–1953 Stellv. Vorsitzender und 1953–1959 Vorsitzender des Büros des Präsidenten und Mitglied des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front, 1960–1979 Staatssekretär für Kirchenfragen; vgl. Gabriele Baumgartner, Seigewasser, Hans, in: Gabriele Baumgartner / Dieter Hebig (Hg.), Biographisches Handbuch der SBZ/DDR: 1945–1990. Bd. 2, München u. a. 1997, 851.

²⁸ * 15.11.1901 in Hannover, † 05.04.1974 in Fulda, 1928 Priesterweihe, 1928 Vikar in Dingelstädt, 1931 Präfekt am Bischöflichen Konvikt Heiligenstadt, 1935 Vikar Heiligenstadt (St. Marien), 1941 Bischöflicher Geistlicher Kommissar des Eichsfeldes, Propst in Heiligenstadt (St. Marien), 1945–1959 Weihbischof in Fulda, 1955–1958 Generalvikar, 1959–1974 Diözesanbischof von Fulda; vgl. [Red.] Bolte, Adolf, in: Gatz (Hg.), Die Bischöfe (s. Anm. 1), 228f.

²⁹ Bischof Bolte gehörte zu vier westdeutschen Bischöfen, deren Bistümer Diözesananteile auf dem Gebiet der DDR hatten. In den Akten des MfS findet sich folgende Begründung für die Abweisung von Bolte: „Diese Bischöfe stehen auf der Liste leitender [...] Kirchenführer Westdeutschlands, denen die Einreise in das Gebiet der DDR nicht mehr genehmigt ist. Diese Sperrliste wurde erarbeitet auf Grund eines Politbüro-Beschlusses vom 25.4.1966 (Anlage Nr. 2 zum Protokoll Nr. 15/66 Punkt 7), sie wurde dem Leiter der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED vorgelegt und trat nach Genehmigung durch das ZK in Kraft. Die Zurückweisung von Bischof Bolte [...] erfolgte auf Grund dieser Sperrliste.“ (BStU, MfS, AP Nr. 12446/92, S. 43f.)

test bei Ministerpräsident Willi Stoph ein.³⁰ Er kritisierte in seinem Schreiben vor allem die einseitige Politisierung des Bischofsamtes³¹ und betonte, dass weder die Person noch die Amtsführung der betroffenen Bischöfe einen Anlass zu „solcher Fehlinterpretation“ geben würden. Vor allen werde hier ein mangelndes Verständnis für das Wesen der Kirche und das kirchliche Bischofsamt sichtbar. Inzwischen seien „die meisten modernen Staaten durchweg auf dem Standpunkt des weltanschaulichen Pluralismus“³². Dies bedeute Toleranz gegenüber den verschiedenen religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen. Wenn die Regierung der DDR, so Bengsch weiter,

„diese Haltung nicht glauben zu können, dann liegt das, meiner Meinung nach, in letzter Instanz nicht an politischen Gründen, sondern daran, daß der sozialistische Staat ein atheistischer Weltanschauungsstaat ist. Nur deshalb muß er den Vertreter einer anderen Weltanschauung auch als politisch unzuverlässiges Element betrachten. Hier liegt die Quelle aller Spannungen zwischen Staat und Kirche und aller nach wie vor festzustellenden Zurücksetzungen christlicher Bürger.“³³

Es ist schließlich genau dieser Vorwurf des Weltanschauungsstaates, der auf staatlicher Seite heftige Empörung hervorrief. Daraufhin erarbeitete Horst Hartwig (SED), der Verantwortliche für das Arbeitsgebiet Katholische Kirche beim StfK, am 21. November 1966 eine interne Gegenargumentation. Die Kritik Bengschs, christliche Bürger würden insbesondere im Bereich der sozialistischen Schule benachteiligt werden, entbehre jeder Grundlage.³⁴ Das vom Erzbischof vorgetragene Begehren nach wirklicher Gleichberechtigung der Kirche wird von Hartwig aufgrund ihrer Diasporasituation – er spricht von einem unterschiedlichen Kräfteverhältnis – zurückgewiesen. Für ihn war die Forderung, dass Minderheiten wie die katholische Kirche in der sozialistischen Gesellschaft gleichberechtigt sein sollten, nicht mit der Vorstellung einer Gesellschaftsordnung vereinbar, die den Machtanspruch von nur einer herrschenden Partei vorsah: Bengsch

„fordert mehr Rechte und größeren gesellschaftlichen Einfluß für die Kirche und wünscht eine garantierte Perspektive der Kirche im Sozialismus. Das sind provokatorische Forderungen, die von einer falschen Einschätzung des Kräfteverhältnisses bestimmt werden.“³⁵

Eine Zurückweisung erfuhr nicht nur der gesellschaftliche Pluralismus, sondern auch das Argument, dass das Bischofsamt nur ein geistliches Amt sei. Dem stünde vor allem „das politische Engagement der westdeutschen

³⁰ Vgl. Martin Höllen, *Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR. Ein historischer Überblick in Dokumenten*, Bd. 3/1, Berlin 1998, 35–37.

³¹ Das Bischofsamt sei ein „geistliches, ein kirchliches Amt, seine Weisungsbefugnisse sind daher geistlicher, nicht politischer Art“ (Höllén, *Loyale Distanz?*, Bd. 3/1 [s. Anm. 30], 36).

³² Höllen, *Loyale Distanz?*, Bd. 3/1 (s. Anm. 30), 37.

³³ Höllen, *Loyale Distanz?*, Bd. 3/1 (s. Anm. 30), 37. Als Beispiel für die Zurücksetzung christlicher Bürger führt Bengsch die sozialistische Schule an.

³⁴ Vgl. Höllen, *Loyale Distanz?*, Bd. 3/1 (s. Anm. 30), 36, Anm. 80.

³⁵ Höllen, *Loyale Distanz?*, Bd. 3/1 (s. Anm. 30), 36, Anm. 80.

Bischöfe“ entgegen. Die von der ostdeutschen Kirchenleitung anvisierte politische Abstinenz sei daher „ohne die Tätigkeit westdeutscher Bischöfe im Staatsgebiet der DDR leichter zu wahren [...] als anders.“³⁶

Am 21. Februar 1967 kam es schließlich zur Aussprache zwischen Bengsch und Seigewasser, bei der im Wesentlichen über das Einreiseverbot der westdeutschen Bischöfe und den Protest gegen die weltanschauliche Bedrückung der Gläubigen gesprochen wurde. Explizit wird im kirchlichen Protokoll darauf hingewiesen, „daß der Brief des Erzbischofs Gegenstand eingehender Beratungen beim Ministerpräsidenten und in [Seigewassers] Dienststelle gewesen sei“³⁷. Mit Bengschs Vorwurf des Weltanschauungsstaates spitzte sich das Gespräch zu. Der Erzbischof machte dies an gleich mehreren Punkten deutlich. So beschwerte er sich über die Praxis der Zollbehörden, der Beschlagnahmung von Büchern und der Pressezensur. Für ihn entstehe der Eindruck einer „Willkürherrschaft“³⁸. Die Toten an der Mauer³⁹, der weltanschauliche Druck auf die Schüler – eine Praxis, die Bengsch an den Nationalsozialismus erinnerte⁴⁰ –, kennzeichneten den sozialistischen Staat als von Natur aus nicht tolerant. Es sind diese Positionen Bengschs, die auf staatlicher Seite auf heftige Ablehnung stießen und den Anlass boten, ein umfangreiches Dossier über ihn zu erstellen.

4. Dossier zu Erzbischof Bengsch

Das 31-seitige Dossier, welches am 12. März 1967 angefertigt wurde, gibt zunächst einen biografischen Überblick, insbesondere zu Bengschs Funktionen und Ämtern sowie zu seinen Publikationen. Auf der Grundlage des Gespräches mit Seigewasser erfolgt eine „kurze politische Charakteristik“⁴¹. Dem schließt sich eine umfangreiche Analyse seiner „Äußerungen zu politischen und ideologischen Problemen“⁴² an. Die Erkenntnisse hierzu werden auf 27 Seiten durch eine Sammlung von Zitaten aus Büchern von

³⁶ Höllen, *Loyale Distanz?*, Bd. 3/1 (s. Anm. 30), 36, Anm. 80.

³⁷ BAEF, ROO, A VIII 6 – 1. Teil, Aktennotiz über die Besprechung beim StfK am 21.02.1967.

³⁸ BAEF, ROO, A VIII 6 – 1. Teil, Aktennotiz über die Besprechung beim StfK am 21.02.1967.

³⁹ „Vergessen Sie doch nicht“, so sagte er [Bensch], „was das in der Welt für Wirkungen hervorruft, wenn an der Grenze immer wieder Menschen erschossen werden, selbst wenn man unterstellt, daß sie töricht handeln. Vergessen wir auch nicht, daß diese Mauer nicht als Sperre gegen außen gerichtet ist, sondern als Sperre gegen die eigenen Bewohner“ (BAEF, A VIII 6 – 1. Teil, Aktennotiz über die Besprechung beim StfK am 21.02.1967).

⁴⁰ „Wenn, so [...] Seigewasser, die Kirche sich gegen die gesellschaftliche Betätigung wie Junge Pioniere etc. stelle, dann werde natürlich die Entscheidung immer ‚Nein‘ sein, wenn es sich um die Zulassung zur erweiterten Oberschule handelt. Darauf sagte der Erzbischof: ‚Das ist die klassische Beschreibung eines Weltanschauungsstaates.‘ [...] Die schärfste Ablehnung rief die Bemerkung des Erzbischofs hervor: ‚Bei diesen Praktiken, die der Staat jetzt augenblicklich gegenüber den Kindern und Jugendlichen betreibt, muß ein Vierzigjähriger sich gewisser Parallelen zu früheren Zeiten erinnern‘“ (BAEF, ROO, A VIII 6 – 1. Teil, Aktennotiz über die Besprechung beim StfK am 21.02.1967).

⁴¹ BStU, MfS, AP Nr. 12052/92, S. 120.

⁴² BStU, MfS, AP Nr. 12052/92, S. 121–147.

Bengsch, seinen Predigten, aus Kommentaren und Berichten westdeutscher Zeitungen und dem Protokoll des schon erwähnten Gespräches vom 21. Februar 1967 gewonnen und verschiedenen politischen Fragestellungen zugeordnet.⁴³ Hier sollte ein vorgefertigter Katalog von Themen, die aus staatlicher Sicht politische Relevanz besitzen, mit Bengschs Aussagen befüllt werden. Dabei kam es zu Wiederholungen. So wurde gleich mehrmals ein und dieselbe Äußerung zu mehreren Themenkomplexen herangezogen. Die Zitate wurden dabei aus dem Zusammenhang gerissen und den festgelegten politischen Themenfeldern zugewiesen. Hier wurde das Bild eines sich politisch äussernden Erzbischofs gezeichnet, was Bengschs Festlegung der politischen Abstinenz widersprechen sollte. Ein solch umfangreiches Dossier hatte die Funktion, den Berliner Bischof in seinem politischen Denken umfassend zu charakterisieren, um so Anknüpfungspunkte für das weitere Vorgehen liefern zu können.

Nach dem eskalierten Gespräch zwischen Seigewasser und Bengsch „gab die Dienststelle des Staatssekretärs eine ‚politische Charakteristik‘ in Auftrag, die der CDU-Journalist Hubertus Guske⁴⁴ [...] verfaßte“⁴⁵. Die maschinengeschriebenen Seiten sind weder unterzeichnet noch weisen sie einen Absender oder einen Briefkopf auf. Jedoch kann der Autor „anhand seiner Schreibmaschine und bestimmter Textstellen eindeutig“⁴⁶ identifiziert werden. Mit identischem Wortlaut und Datum befindet sich die „kurze politische Charakteristik“ sowohl in den Akten des StfK als auch in den Unterlagen des MfS zu Bengsch.⁴⁷ Unklar ist, wie das Dossier in die MfS-Akten gelangte. Bekannt ist, dass Guske von 1959–1989 als IM „Hubert“ und später „Georg“ für das MfS tätig war.⁴⁸ Fraglich erscheint jedoch, ob dieser Weg über den IM gegangen werden musste. Eher wird auf dem formalen Dienstweg ein Durchschlag dem MfS zur Verfügung gestellt worden sein. Denn Protokolle der Gespräche von Bengsch mit Seigewasser liegen im

⁴³ Es handelt sich hierbei um folgende Themengebiete: „Zum Nazi-Deutschland und dem II. Weltkrieg“, „Zur NATO, Europa-Union und EWG“, „Zur Sicherung des Friedens“, „Zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr, zum Militärseelsorger-Vertrag und zur Abrüstung“ [zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr und zum Militärseelsorger-Vertrag finden sich keine Zitate, sondern nur ein leeres Blatt, lediglich eine Äußerung zur Rüstungsbeschränkung findet sich unter dem Stichwort „Abrüstung“], „Zur Berlin-Frage“, „Zu den sozialistischen Staaten“, „Zur Oder-Neiße-Grenze“, „Zur bewaffneten Verteidigung der DDR“, „Zum Bonner-Staat“, „Zur Lage der Kirche“ (BStU, MfS, AP Nr. 12052/92, S. 121–147).

⁴⁴ * 21.03.1930 in Breslau, 1946 Abitur, CDU-Mitglied, 1947–1951 Ausbildung, anschließend bis 1961 Redakteur „Neue Zeit“, 1958–1964 Fernstudium der Geschichtswissenschaft, 1961–1969 Redakteur der „begegnung“, 1964–1991 Mitglied der Berliner Konferenz, 1972–1989 AG Kirchenfragen beim Hauptvorstand der CDU, 1977–1987 Chefredakteur und anschließend bis 1989 Herausgeber der „begegnung“; vgl. Rosemarie Preuß, Guske, Hubertus, in: Baumgartner / Hebig, Biographisches Handbuch (s. Anm. 27), 262.

⁴⁵ Bernd Schäfer, Staat und katholische Kirche in der DDR (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 8), Köln u. a. 1998, 188.

⁴⁶ Schäfer, Staat (s. Anm. 45), 188, Anm. 65.

⁴⁷ Vgl. Höllen, Loyale Distanz?, Bd. 3/1 (s. Anm. 30), 43f., Anm. 98.

⁴⁸ Vgl. Schäfer, Staat (s. Anm. 45), 188, Anm. 65.

großen Umfang als Kopie in der gleichen Stasi-Akte vor. Doch nicht nur auf offiziellem Weg bediente die Dienststelle des StfK den DDR-Geheimdienst, sondern insbesondere auch inoffiziell wurde das MfS mit Informationen versorgt.⁴⁹

Blickt man nun auf die Wortwahl der politischen Charakteristik Bengschs im vorliegenden Dossier, so fällt auf, dass selbst im Sprachgebrauch des Staatsapparates dieser Jahre in einer „ungewöhnlichen scharfen Polemik“⁵⁰ formuliert wurde:

„Gleich am Anfang kann man die Feststellung aussprechen, daß Erzbischof Dr. Bengsch die Politik und Entwicklung der DDR ablehnt. Das hat sich im Laufe der Jahre immer stärker entwickelt. Fördernd war dabei die politische Entwicklung in Westdeutschland. Zu ihr hat er Vertrauen. [...] Jahrelang scheint in ihm der Wunsch geschlummert zu haben, einmal seine wahre Einstellung zur DDR und zum Bonner-Staat schroff aussprechen zu können. Er tat das bei der letzten auf hoher staatlicher Ebene stattgefundenen Aussprache. Hier nahm er sich kein Blatt vor dem Mund. Alles sprach er aus, was er schon immer gedacht haben muß. Der Akten-Vermerk über den Inhalt dieses Gesprächs ist das politische Gesicht von Bengsch. Unverkennbar stammen seine Argumente aus dem westdeutschen Lügenarsenal. [...] Jede Gelegenheit nutzt er zur Verteilung von Seitenhieben aus dem Hinterhalt gegen die DDR.“⁵¹

5. Ergebnis

Für die Amtszeit als Bischof von Berlin überliefert die Allgemeine Personenablage des MfS zu Alfred Bengsch drei Dokumente, die ihn politisch einzuordnen versuchen. Grundlage für den ersten Bericht von 1962 waren Informationen eines IM, der mit der Aufgabe einer politischen Einschätzung Bengschs überfordert war. Der zweite Bericht hingegen beruhte aus MfS-Sicht auf einem zuverlässigen Informanten. Jedoch wurden hier mit einer erhofften Lockerung des „Döpfner-Erlasses“ Vermutungen angestellt, die sich so nicht bewahrheiten sollten. Den größten Umfang hat schließlich ein für das StfK angefertigtes Dossier. Doch dieses war nicht nur polemisch, sondern hier betrieb der Verfasser genau das, wogegen sich Bengsch immer wieder zu wehren versuchte, eine einseitige Politisierung des Bischofsamtes. Gemeinsam ist den drei Dokumenten, dass sie Bengsch ausschließlich aus dem Blickwinkel der für die Stasi zentralen politischen Fragen betrachten. Unbeachtet blieb Bengschs theologischer Hintergrund, der für ein Verständnis seiner Person zwingend notwendig gewesen wäre.

⁴⁹ Vgl. Clemens Vollnhals, Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit (BF informiert 1/1997), Berlin 1997, 18.

⁵⁰ Höllen, Loyale Distanz?, Bd. 3/1 (s. Anm. 30), 43.

⁵¹ BStU, MfS, AP Nr. 12052/92, S. 120.